

# Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

**Erscheint wöchentl. einmal. Bezug:** Durch die Post vierjährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** für jeden Millimeter Höhe der Ausgabe, Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Zeitbreite 1.20 M.

Fig. 52

Berlin, 23. Dezember 1932.

13. Jahr

## Bojkott oder Durchdringung?

Es bestehen in Polen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es ein Ziel der polnischen Politik *per se* ist, Danzig den politischen Staate einzupreisen. Es gibt noch politischer Auflösung sonst Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen; sie bestehen auf wirtschaftlichem Gebiet: *Vorkauf* oder *Durchdringung*, auf politischem Gebiet: *Zusammenschluß* oder *Gewalt*. Die politische Danzigerpolitik hat sich bisher für den Vorkauf und die Gewaltauswendung entschieden. Zu den Leuten in Polen, die diese Politik kritisieren und der „friedlichen“ Methode das Wort zu reden ver suchen, hat sich neuerdings auch der ebenfalls politische Vertreter in Danzig, Dr. STROISBERG, gestellt. Er hat kurzlich vor der Warschauer Gesellschaft der Geschichtswissenschaft einen Vortrag gehalten, in dem er die Politik, die die Warschauer Regierung bisher gegenüber Danzig verfolgt hat, einer ungemein scharfen Kritik unterworfen. Wohlgesmeckt: die Kritik ist nicht gegen das Ziel, sondern gegen die Mittel, und auch nicht gegen die Gewaltlosigkeit dieser Mittel gerichtet. Die Bejublungen Polens zu Danzig, meint Strosberg, müßten enger geknüpft werden, die Danziger Wirtschaft müßte durch Polen eine Unterstützung erfahren, der Danziger Hafen müßte ausgebaut werden; Polen müßte auch die nationale Empfindlichkeit der Danziger Bevölkerung achten, dabei aber „die volle Garantie der politischen Minderheitsrechte“ verlangen.

Strasburger hat also die Unkehr Polen zu einer Politik der „friedlichen Durchdringung“ gefordert, die von der Gründelbst der gewollte müss, daß Danzig für Polen ein unentbehrlicher Teil der „polnischen Sanktuarie“ sei. Man fragt sich, was ihn zu dieser Schenkung hat veranlassen können. Die Gründer mögen zunächst einmal wirtschaftlicher Natur sei. Wenn Strasburger für einen Auszug des Danziger Hafens eintritt, so kann man darin eine Kritik an Gedinauen erblicken, da man ja kaum annehmen kann, daß er einen weiteren Auszug sowohl des Gütegebers wie des Danziger Hafens befürworten will, wenn man bedenkt, daß nach der begründeten Aufstellung des Danziger Senats die beständige Umladeplätschigkeit des Danziger Hafens für die Domänenbildung des gesetzten und feierlichen Außenhandels des polnischen Staates ausscheidet, und daß auch die Sohorechtsänderungen des Völkerbundes in ihren Sut-  
cetten vom 15. September zu erkennen gegeben haben, daß der Gedinerer Hafen bereits heute eine größere Umladeplätschigkeit besitzt, als für den Umladehof der Güter notwendig ist, für deren Beförderung ihrer Meinung nach der Danziger Hafen nicht genügt. Der von Strasburger befürwortete Auszug des Danziger Hafens müßte also, wenn er überhaupt eine produktive Anlage sein soll, mindestens eine wesentliche Herabsetzung des Güterumschlages in Gedingen bedeuten. Wenn nun Strasburger nicht zugreifen will, daß die von ihm gewünschte Verhinderung mit Danzig auf den Hafenstrecke der polnischen Seite die Dreisäule Gedinaus, mit Vorwurfszettel, daß, so leidet er doch der polnischen Danzig-Politik gegenüber kritisch ge-  
gangenheit zu sein, um sich zu sagen, daß Polen in Danzig noch mehr erreicht haben würde, wenn es die mehrheitlich hundert Millionen, die ihm seine Hofpolitik bisher gekostet hat, in Danzig statt in Gedingen angelegt hätte. Polen hat durch den fortwährenden Auszug seines Komph-  
baten aus der einen Seite wohl den Danziger Hafen empfindungs-  
getroffen, es hat auf der anderen Seite aber den Schatzempfangs-

wollen der Danziger doch nicht, wie es gehofft hatte, in die Knie zwingen können. Es hat auf der einen Seite eine kollektivische und wirtschaftlich nicht unabkömmliche Haltungslage geschaffen und auf der anderen Seite doch nur erreicht, daß Danzig, das es zu sich heranziehen in möglich, wirtschaftlich und vor allem politisch immer mehr in den Kreis Einflusses eingelangt. Man kann sich waghalsig denken, wie Joseph Strasserburg die Politik der „Danziger Durchdringung“ vorstellen mag: Wenn Polen, denkt er, den Danziger Hafen ausbaute, dann es größeres Anrecht auf diesen Handelsverkehr bestimmender Einfluß gewinnen und z. B. auch die Wiederherstellung politischer Fertigkeiten im Danziger Hafen zu betreiben. Wenn Polen, denkt er, den Gütertausch zwischen Danzig und dem politischen Hinterlande beginnlich, wenn es die Entwicklung der Danziger Industrie fördert und dabei daß sie fortwährend die Stellung in innerer höherem Maße von politischen Abhängigkeiten wird, wird es auch leichter in der Lage sein, die Danziger Wirtschaft finanziell, finanziell und organisatorisch an Polen zu binden. Wenn Polen, meint er, den „kräftigen Boykott“ der Danziger Wände aufzügt und im Gegentheil den politischen Fremdenverkehr nach Danzig in großen Stil organisiert, dann gewinnt es leichter es in einem von polnischer Seite ausgehenden Protest gegen die Boykottierung Sopotas einmal gehoben both die Danziger „an den Ausläufer der polnischen Herren“, dann unterfährt es die Selbstbehauptung polnischer Kaufleute, Handwerker und Pionierkolonisten in Danzig.

Was Strasburger zu seiner Kritik an der Danzig-Politik veranlaßt hat, das sind aber offensichtlich weniger wirtschaftliche Überlegungen als politische Gründen gewesen. Die Kritik entspringt vor allem der Einsicht, daß die Absperrungs- und Begrenzungsethode der polnischen Regierung die deutliche Revisionspropaganda begünstigt, daß der fortwährende Ausbau Odingens zur deutschen Theorie Recht gibt; daß Danzig für Polen als Jagdgrund hinfüllig wird, die man in Verfolgung für die Loslösung des Vantag'schen Gebiets vom Deutschen Reich hatte aufnehmen können. Von politischem Standpunkt aus gesehen, meint Strasburger, würde ein Rückgabe Danzigs an Deutschland Polens Kontrollstellung erfüllen. Der Korridor, meint er offenbar, sei ohne Danzig für Polen unbrauchbar. Damit mag er recht haben; denn eines im Reich stark verankerten Danzig würde über kurz oder lang auch der ganze Korridor jagen. Aber die Pole, die sich über Danzig-Politik ihres Staates zu wöhnen scheinen, wie sie Strasburger hier ausdrückt, übersehen einen sehr wichtigen Punkt, doch es nämlich, daß einen Staat, der dem Deutschen Reich eine granuläre einzubedrängende feindselige Haltung einnimmt, psychologisch unmöglich ist, den deutschen Danzig gegenüber eine Politik der „friedlichen Durchdringung“ zu treiben. Sie werden wohl viele neue Erfahrungen erleben, wenn sie sich erinnern, daß Danzig, ebenso wie nun Hitler durch in der Jüdischen Weise in seinem wirtschaftlichen Entwicklung geführt und in seinem nationalen Empfinden vertieft worden ist, nichts Weilige und verbreitete Rechte preisgeben und sich von der inneren Verbundenheit mit dem deutschen Mutterlande loslösen würde, nur deshalb, weil Polen ihm einige materielle Vorteile bietet. Also muß in Danzig doch alles geschehen, um zu wissen, daß das „Nel der polnischen Politik, ob diese fiktiv uns gewollte oder „friedlicher“ Mittel bedient, immer dasselbe bleibt: Die Unterdrückung des Danziger Deutstums.“

## Ein „Streit“ um das Danziger Staatsarchiv.

Poiss hat den Amtscontrit des neuen hohen Kommissärs des Bölkerturms in Danzig, Helmut Rößing, zum Anlaß genommen, ein Trossmesserwerk mit Forderungen und Rechten politischer und wirtschaftlicher Art gegen die Freistaat Danzig zu eröffnen. In den Rahmen dieser Kampagne, die den Zweck verfolgt, Danzig in jeder Weise ins Unrecht zu setzen, dürfte auch ein Vorstoß fallen, der den pommerischen Berichtssteller mehrerer polnischer Zeitungen, K. Schadlin-Szarlinski, kürzlich im „Illustrations Kurier Gedruckt“ gegen das Staatsarchiv in Danzig unternommen hat und der unter den verschiedensten Gesichtspunkten eine Entgegengesetzung erfordert. Schadlin-Szarlinski behauptet in seinem Artikel, der jede Schlichtheit verstrickt läßt, die Errichtung des Danziger Staatsarchivs. Dieses wurde im Jahre 1903 aus Abgaben preußischer Verwaltungsbürokraten und des Staatsarchivs Königsberg gebildet, wobei als historisch wertvollster Teil des Archivs der Stadt Danzig als Deposition hinzutrat. Nach dem ungünstlichen Ausgange des Krieges meldeten drei Ämterärzte ihre Anprüche auf den Besitz des Staatsarchivs und jener Bescheinigung: Der bisherige Eigentümer Preußen, die Stadt Danzig, welcher der Grund und Boden, auf dem das Gebäude des Staatsarchivs steht, gehört, und Polen, das nicht nur einen großen Teil der preußischen Archivalien, sondern auch das Gebäude des Staatsarchivs zur Errichtung eines polnischen Staatsarchivs für Pommerellen forderte. Doch war aber das Archiv preußische Staatsbehörde und seine Beamten beauftragt preußliche Beamte, die auf zum Reichs- und Staatskommissär für die Abtragung des Gebiets der Freien Stadt Danzig ernannte Regierungspräsident Förster angeföhrt der gesetzlichen politischen Tug der preußischen Ministerium beantragte, daß noch vor Inkrafttreten des Friedensvertrages alle Generalakten sowie die Spezialakten der bei Preußen verbleibenden Teile Westpreußens sowie des Abstimmungsgebietes mit den dazugehörigen Verpflichtungen aus Danzig fortgeschafft und in Deutschland übergeben würden. Auf Anordnung der preußischen Regierung wurden im Sommer 1919 bis zum Anfang Januar 1920, also längere Zeit vor Inkommunizierung des Verfolter Paktats, die dem Preußischen Staat als Eigentum zugehörenden Archivalien nach Deutschland geschafft.

Im Sommer 1921 begannen über die Teilung des Archivs von Danzig Verhandlungen zwischen Danzig und Polen, die politischerseits nachdrücklich von Dr. Pawłowski, Dr. Pantelej. Prorost Czapiewski und der Polnischen Regierung unterstützt wurden. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, hätte die von der Döllinger-Konferenz eingesetzte „Commission de répartition des biens d'Etat Allemands“, die seit August 1921 in Danzig tätig war, gemäß dem Antrag Danzigs folgende Entschließung übernommen: „Die bestehenden Archivalien, die sich im Staatsarchiv befinden und auf die an Polen obgetretenen Gebiete beziehen, werden Polen zugestellt; die übrigen im Gebäude des Staatsarchivs befindlichen Archivalien werden der freien Stadt zugestellt. Die Archivalien, die ihrem Eigentum der freien Stadt sind, fallen nicht unter diese Aufteilung. Das Gebäude und das Terrain gehören der freien Stadt.“ Auf Grund dieser Entschließung sollte die Teilung der noch in Danzig vorhandenen Akten stattfinden. Sie parageo des archivs qui se trouvent encore à Danzig sofort vorgenommen werden. Weitere Verhandlungen hierüber mit Polen scheiterten jedoch an unerklärlichen Sordidenungen der polnischen Regierung, z.B. die Errichtung eines Röthlichen Archivs für Pommerellen in Danzig anstrebte und die Aufstellung der von Danzig nicht zu beschaffenden preußischen Akten und der hier noch befindlichen preußischen Archivpolizei forderte. Der ungeliebte Abbruch der Verhandlungen wurde jedoch dadurch herbeigeführt, daß die Preußische Regierung und das Deutsche Reich am 10. Oktober 1924 gegen die Auseinandersetzung zwischen Danzig und Polen ohne Einmischung erstanden.

Seit diesem Eintritt Preußens ruhen alle Verhandlungen über die Teilung des Reichs, deren unverhofftes Scheitern Grillen-ki nicht durch die Schuld des politischen Unterhändlers<sup>1</sup> bald der Charakter eines Streites angewommen hätten. Darauf ließ ich sagen, daß die Teilungsverhandlungen so lange einen ruhigen Verlauf nahmen, bis Herr Dr. Luttmann die Vertratung der Interessen Polens übertragen wurde. Die Ernennung dieses Herren zum Aufstellungskommissar mußte von Vanja als Pronokation empfunden werden. Ein Verhöndnis mit ihm war nicht möglich, da er weder sachlich noch persönlich seiner Aufgabe gewachsen war. Er ließ in seinem Verkette mit den deutlichen Beamtern des Archivs, die elementaren Aufstandssregeln außer acht und bemüht war nur bald, doch er auch als Wissenschaftler nicht ernst zu nehmen war. Dieses Heiltes Kind dieser Dr. Luttmann ist, giebt auch aus seiner Tätigkeit in Oberschlesien hervor, wo er als Stabschef der Gruppe Ost und als Propagandist am dritten politischen Aufstand teilnahm. Der Wert des Menschen wie des „Willehnschäfers“ und „Hilfsträters“ Luttmann ist auch von politischer Seite gekämpft und gerichtet worden, als man ihm nachwies, daß er nicht genug Lobpreis bei Rorschtschafft als Aufstellungsleiter hörreiben konnte. Langsam dieser bei der politischen Regierung in hoher Stellung stand, und doch er nicht genug Werte des Cadets für die Tätigkeit Rorschtschafft in Oberschlesien fand, als

dieser zur Regierung Püllwisch in Opposition trat. Heute Mr. Dr. Putman, ein eigner Freund des berühmtesten oberfränkischen Weinhofen und Weinkommentärschafers Dr. Grajewski, Leiter der Propaganda-Abteilung des Politischen Instituts in Thora. Da der Artikel Schöbel-Carlinski im Zusammenhang mit einer durch das Dörfliche Institut veranstalteten Tagung geschrieben wurde, wird man in der Abschrift wohl feststellen, daß die Antragsurkunde diesem Artikel von Dr. Putman kommt.

Befürwortet ergibt sich Schöbel-Carlinski über die Fortschaffung der Preußischen preußischen Aktion aus Danzig. Wie berechtigt diese Befürwortung regel Preußens vor Sicherung seines Eigentums war, gibt er aber leider ja, wenn er in seinem Artikel an ein Bankett erinnert, das die Offizielle Hollers in der frustigen Zeit in Puffing veranstaltet und auf dem ein französischer Offizier dem General-Haller mit den Worten antrat: „Alors, messieurs, en avant à Danzig!“ In dieser Situation war es die Pflicht des preußischen Regenten, Archidiktators Dr. Kaufmann, dem Besuch seiner Regierung nachzukommen und das Eigentum seines Staates vor fremdem Zugriff in Sicherheit zu bringen. Die Wörter, die Schöbel-Carlinski gegen Dr. Kaufmann erhebt, sind also nöthig übertrieben.

Hervorgehoben sei auch, daß nach Berlin nur solche Archivalien geschafft werden dürften, die, wie Archivdirektor Dr. Kaufmann in der Schrift „Das Staatsarchiv Danzig 1905–1928“ ausführt, Preußen rechtlich zuständen und über die es zur Zeit der Verhölfassung aus Danzig freies Verfassungsrecht hatte. Es handelt sich hier nur um Archivalien, die für das bei Deutschland verbliebenen Teil Westpreußen in Betracht kämen, und um sogenannte Generalkokalien der prußischen Zentralbehörden, auf die Polen gemäß dem Provinzialprinzip durchaus keinen Anspruch hätte, da aber für die Kontinuität der Verwaltung für Preußen von größter Wichtigkeit sind. Polen ist nun kein Aktenstück, auf das es rechtsmäßigem Anspruch erheben kann, gefordert worden. Dagegen sei darum erinnert, daß Polen heute noch in seinem Posener Archiv Akten und Archivalien zurückhält, die einwandfrei Deutschland gehören, und daß es sich weigert, Akten aus dem Privatbesitz deutscher Städte (z.B. Graustadt) herauszugeben.

Dadurch, daß Polen nach dem preußischen Einmarsch vom Jahre 1923 alle Verhandlungen ruhig ließ, bat es selbst diesen Einmarsch anerkannt. Warum wendet sich Polen denn nicht mit seinen Anträgen an Preußen? Wenn Polens Erneuerung der Beziehungen gewünscht ist, so ist für diese nur Preußen befähigt und nicht die Freie Stadt Danzig. Vergleicht man die polnischen Forderungen mit den vertraglichen Verpflichtungen, die von polnischer Seite auf das Architektengebäude erhoben werden, dann ebenso wie das Danziger Stadtbauamt Eigentum des Freistaates ist und diesem von der Interessierten Teilungskommission übergeben wurde. Polen hat jedem kein Recht, in Danzig eine Behörde zu unterhalten, die Dommergasse nicht trifft. Die Entstiftung des Volksberuhungsrats auf Entfernung der polnischen pommerischen Eisenbahnabteilung aus Danzig kann hier als wichtiger Prädilektionsfall angesehen werden.

Auf dem Bowring-Schöbel-Szatmáris, der behauptet, daß die polnischen Teilungskommisarien für ihre Arbeit im Danziger Archiv sich Bedingungen hätten unterwerfen müssen, die polnischer Repräsentanten unmöglich gewesen seien, braucht gar nicht eingegangen zu werden. Es war eine schriftstellerähnliche Pflicht des Archidektes, Notnahmen zu treffen, die ihm seine Gewißheit der Berichtigtheit für die ihm vorvertrauten Archivalien geboten. Keinem der polnischen Unterhändler — mit Ausnahme natürlich des berüchtigten Dr. Lutman — ist es eingefallen, sich über den Archidekten zu beschweren. Warum Cieplomski hat es sogar für seine Pflicht gehalten, unberührte Anträge, die von polnischer Seite gegen Dr. Kaufmann erhoben wurden, in der polnischen Presse selbst zurückzuweisen? Auch der jetzt pensionierte Generaldirektor des polnischen Szatmáris, Prof. Dr. Pasciakowski, wie hörte sicherlich noch man bereit sein, die lachhafte Zusammenarbeit mit Dr. Kaufmann zu beweisen. Die Vorsichtiger Regierung hat bisher ebensoviel politischer diplomatischer Erfahrung bei Verwaltung des Danziger Staatsarchivs keinerlei Schwierigkeit bereitet, sondern sie in jeder Weise bewiesen, wie dies auch von polnischer Seite mehrfach anerkannt worden ist, z. B. von einem der bedeutendsten polnischen Historikern, Herrn Prof. Dr. Popes, dem Vater des zeitigen Historikers, literaturkritischen Meisters von Danzig.

polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig.  
Hieraus erhebt mit aller Deutlichkeit, daß es einen Danzig-polnischen Streit um das Archiv gar nicht gibt, daß Sobolin-Garlikow sich dadurch, daß er seinem spaltenlosen Beiträtsklaus die Überschrift „Die größte Niederlage Polens in Danzig.“ Der Skandal der Teilung des westpreußischen Archivs“ gibt, die Frage auf ein falsches Blatt stößt. Er verleiht, einen Danzig-polnischen Streitfall zu konstruieren, der in Wirklichkeit gar nicht besteht, da die weitere Auseinandersetzung über die Teilung von Archivalien eine Angelegenheit ist, die nur durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Deutschen Reich und der Republik Polen erledigt werden kann. Die Danziger Regelung kann mit Rücksicht auf den von Polen erkannten Einfluß des Deutschen Reiches vom 10. Oktober 1924 keinerlei Einschüddungen über die von Polen beanspruchten Akten tragen, sondern muß es Polen überlassen, sich über diese Frage mit Preußen bzw. dem Deutschen Reich zu einigen.

# Der Amtssitz des Hohen Kommissars.

Die „Gajeta Odzianka“ lehnt dem Danziger Völkerbundskommissar Helmut Koßling nicht zu trauen. In der Tat haben in dessen bisherige Amtsabhandlungen, trocken wie auch den Danziger Wünschen durchaus nicht gerecht werden, die Hoffnungen, die man im polnischen Lager offenbar auf ihn gesetzt hatte, keineswegs erfüllt. Die „Gajeta“ macht sich nun Gedanken darüber, wie es wohl kommen mag, daß sich die meisten der bisherigen Völkerbundskommissare in den wesentlichen Streitfragen mehr oder weniger dem Danziger Standpunkt angegeschlossen und gegen Polen entschieden haben. Aufstellt den Grund dieses Verhaltens in der Tat so zu suchen, daß Danzig niemals etwas anderes verlangt hat als das, was in den Verträgen, die für die Tätigkeit der Kommissare Richtschrift zu sein haben, festgelegt ist, meint die „Gajeta“ die ihr unangemessene Erziehung und damit erklärt zu können, daß die gesellschaftliche, moralische und politische Atmosphäre, die der Hohe Kommissar in Danzig eintrat, nicht ohne Einfluß auf dessen Entschiedenheiten blieben könnte. Sie verlangt daher, daß bei der gründlicheren Behandlung der Danzig-polnischen Beziehungen in Genua auch die Frage aufgeworfen werde: „Warum reicht der Hohe Kommissar des Völkerbundes in

Danzig?“ Man kann es der „Gajeta“ nachdrücken, daß es ihr lieber wäre, wenn der Völkerbundskommissar sich überhaupt nicht in Danzig aufzuhalten, sondern seinen Sitz in Genua oder noch besser: in Warschau haben würde, damit er endlich dort die mit französisch-polnischem Geiste gefärbte Atmosphäre einzunehmen oder hier ganz von den polnischen Gesetzen eingemeindet werden kann. Im Vorfalle Diktat heißt es: „Der Hohe Kommissar hat seinen Amtssitz in Danzig.“ Diese Bestimmung ist von den Seinigmächtigen nicht aus Liebe zu Deutschland in das Diktat aufgenommen worden, sondern aus rein sachlichen Gründen: Es ist unmöglich, die schwierigen Danziger Verhältnisse zu überbrücken und in dringenden Fällen rechtzeitig einzutreten, wenn man in Genua oder Warschau oder Sonstwo sitzt und auf Zwischenträger angewiesen ist. Es wäre auch recht sonderbar, wenn der Kommissar, der zur Wahrnehmung der Schutzaufgabe des Völkerbundes für die Freie Stadt bestellt ist, seinen Amtssitz ausgesucht in der Hauptstadt des Staates habe sollte, der die Rechte der Freien Stadt unangesehn bedroht. Es verloren sich kaum, sich mit den nötigen Ausführungen der „Gajeta“ weiter auseinanderzusetzen.

# Polnische Osteuropa-Politik.

## Wirtschaftliche Auswertung des Richtungspaktes.

Es war vor vorausreih klar, daß Polen den Richtungspakt mit Russland nicht nur aus politischen Gründen, also um beim Kampf gegen die deutsche Kriegspolitik eine Rückendeckung im Osten zu haben, abgeschlossen hat, sondern mit dem Abschluß auch wirtschaftliche Abhängigkeiten und Hoffnungen verbunden. Sicher ist jedenfalls, daß man in Warschau jetzt an eine handelspolitische Auswertung des Paktes herangetrieben gedenkt. Auch erwartet dort von einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland eine wesentliche Erleichterung der industriellen Lage Polens; insbesondere hofft man die Stahlindustrie Ostsoboldeliens und die Textilindustrie der Podlach- und Bielostoker Rayons vor dem jenseitig unvermeidlich erscheinenden völligen Untergang retten zu können. Beide Industrieregionen besitzen weit über die minimale Ausnahmefähigkeit des polnischen Industriemarktes hinausgehende Produktionsfähigkeit; beide sind – ebenso wie die meisten anderen Industrieregionen Polens – in hohem Maße auf die Ausfuhr angeleint. Nach den Angaben des polnischen Statistikamtes nahm der Eisenausfuhr in den letzten Jahren über 90 % d. der gesamten polnischen Eisenausfuhr nach dem Osten, im laufenden Jahre ist die polnische Eisenausfuhr um etwa drei Viertel gesunken. Der Niedergang der ostobersorbischen Industrie dauert seit der Zeit, in der ihre Ausfuhr nach sowjetrussischen Städten geringt. Man ist in Polen der Ansicht, daß der russische Markt infolge des gewaltigen Umbaus, den er durch den Russischen Revolution erlebt, noch auf Jahre hinzu in großem Umfang die einfache austauschbare Produkte bedarf, an dieser die Stärke des Volkskonsumenten dienenden Bedarfsdeckung Russlands hofft Polen, nahezu mit dem Abschluß des Richtungspaktes eine politische Empfehlung eingetragen ist, teilnehmen zu können, wobei es sich um andere Ländern durch seine geographische Lage beginnlich glaubt. Die polnische Textilindustrie hat an dem Kriege den gesetzlichen russischen Markt mit ihren Exporten beliefert; sie hat nun den Kriegs, als ihr dieser Markt verlorengegangen war, teilweise mit Erfolg Erfolg an fremden Märkten gefunden, befindet sich aber jetzt angesichts der Schlüpfung dieser Märkte und infolge der völligen Verkürzung des polnischen Kaufkrafts in einer geradezu hoffnungslosen Situation, wenn es nicht doch gelingt, den russischen Markt wenigstens teilweise zurückgewinnen. Bissher gibt es keinen Handelsvertrag zwischen Russland und Polen. Der Handel wird jetzt 1929 durch die russisch-polnische Handelsagentur „Sowpoltorg“ bestrebt, die ihren Sitz in Warschau hat und eine Filiale in Moskau unterhält.

## Der Wilna-Konflikt.

Durch eine Anfrage im englischen Unterhaus wurde bekannt, daß zwischen den litauischen und der polnischen Regierung Verhandlungen über die Freigabe des Höherverkehrs auf der Memel stattgefunden haben. Auch zu diesen Verhandlungen hat der amtsleitende auch noch der Londoner Regierung unüberhörbare Wunsch englischer Firmen gegeben, das von ihnen im nordöstlichen Polen gekaufte Holz aus der Memel abholen, entstellt es mit der Bahn vor Olsprachen herum zu Küste zu befördern. Von den verhandelnden Parteien war über die gegenseitige Zulässungnahme Stillschweigen vereinbart worden. Raddom die Angelobtheit nur durch die Anfrage im Unterhaus an die Öffentlichkeit gekommen war, daß sich die litauische Regierung verlornt, eine Erklärung hierzu abzugeben, in dem es u. a. heißt, daß Litauen unter den bekannten Bedingungen

immer bereit gewesen sei, den Verkehr auf der Memel freizugeben, daß die Öffnung der Grenze nach Polen ebenfalls eine Angelegenheit sei, die eng mit der Wiederauflösung des litauischen Staates durch den Wilnoerub von Polen angetriebene Interessen verbunden sei; solange dieses Kreuzproblem der litauisch-polnischen Beziehungen nicht geklärt sei, könne die Verkehrsfrage nur in begrenztem Maße erörtert werden. Die litauische Erklärung ist im übrigen so unklar gehalten, daß man sich über den Sinn von Dinge und über die Absichten der litauischen Regierung kein richtiges Bild machen kann. Es ist nicht auszuschließen, daß man in Kowno wirklich die Absicht hat, mit Polen auf irgendwelche Weise die Einflussmöglichkeit der polnisch-litauischen Kräfte des Landes nicht allzuviel vorrecht in Sichtung zu kommen; und es ist möglich, daß man die Frage des Memelverkehrs als Ausgangspunkt dieser Zulässungnahme in Polen zu benutzen gedenkt, da man sich in dieser Frage gegenüber der litauischen Öffentlichkeit mit einem großen Teile Englands, des verjüngten Hauptquartiers litauischer Exiles, entschuldigen könnte. Der litauische Außenminister, Dr. Janus, hat vor einiger Zeit einem polnischen Journalisten gegenüber erklärt, daß sich die litauischen Beziehungen zu Polen die jetzt nicht geändert hätten, doch sei er in dieser Sache nicht vollständig sicher. Weiter hat Dr. Janus – einer Information der „Rönigberger Allgemeinen Zeitung“ folgend – seine Bereitwilligkeit zu Wilna-Verhandlungen mit Polen erklärt. Auch soll der litauische Generalstab sich kürzlich einen Besuch in Paris gemacht und dabei im französischen Kriegsministerium vor allem mit dem möglichen Mann des französischen Generalstabs, dem General Weygand, Verhandlungen gehabt hat und mit dem Kreis der Charkow (K) ausgesprochen werden. Es deutet darauf hin, daß man in Rom mit dem Gedanken einer litauisch-polnischen Vereinigung spielt, die Deutschlands Stellung im Osten ganz wesentlich erhöhen würde, da sie sich über kurz oder lang dahin auswirken möchte, daß Litauen als selbständiger Faktor aus dem Kräfte-Spiel vor Deutschlands Ostgrenzen verhindert und völlig in der polnischen Machtsphäre aufgeht. Wenn nämlich dieser 2-Millionen-Staat überhaupt eine eigene Rolle in der osteuropäischen Politik zu spielen vermöge, dann nur dank der Lage, daß er zwischen Deutschland und Polen steht und ständig dem einen mit dem anderen droben kann.

Man leuchtet das auch in Rom noch nicht ganz dergesten zu haben. Der offizielle „Litauos Adas“, der in letzter Zeit selber wiederholt die Möglichkeit einer Vereinigung mit Polen angedeutet hatte, hält es jetzt anscheinend doch wieder für angebracht, in der politischen Frage zum Rückzug zu blasen; er brachte am 18. Dezember eine programmatische Erklärung zur Wilnafrage, in der er sich wieder schrift gegen die polnischen Ansprüche wandte: Es sei nicht richtig, heißt es da, daß Polen bis zum Tage der Wilnadebung gute Beziehungen zu Litauen unterhalten habe; Polen habe im Gegenteil von Anfang an gegen die Gründung des (wie wir hinzufügen wollen: von Deutschland geschaffenen) litauischen Staates gekämpft, und es habe sich bemüht, die Anerkennung Litauens zu hinterstreben. Es habe das Wilna-Gebiet bestellt, um Litauen zu einer Union mit Polen zu zwingen. Aber Litauen werde mit Polen nie zusammenkommen, wenn nicht der Vertrag von Smolki verwirklicht und Wilno an Litauen juristisch gegeben werde. Litauen habe den Verlust der Vorherrschaftskonferenz niemals anerkannt, und es steht noch wie vor auf dem Standpunkt des Vertrages von Smolki.

# Anträge auf Urkunden-Herausgabe nur bis 31. ds. Ms.

Verdängte, beachtet die Tatsache, daß Ihre Eure Urkunden aus allen erledigten Entschädigungsakten zunächst vorliegen, daß aber

die Anträge bis zum 31. d. M. beim früheren Reichsentschädigungsamt sein müssen. (Vergl. den Artikel auf S. 624.)

# Beiträge zur Grenzrevision.

## Raudau und der anonyme Professor.

Der offizielle „*Lietuvių Aidas*“ brachte am 11. Dezember unter der Überschrift „Das Memelgebiet als Tauschobjekt für die Deutschen“ eine Unterredung des französischen Journalisten E. Raudau mit einem anonymen (II) Leipziger Professor über die Memelfrage, in der der Leipziger Professor sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß das Memelgebiet nur ein Tauschobjekt für den Danziger Korridor wäre. (Die Unterhaltung füllt in der „Illustration“ Nr. 4680 erschienen.) Zu diesem Standpunkt des Leipziger Professors nimmt der „*Lietuvių Aidas*“ folgendesmaßen Stellung: Für die Deutschen ist also das Memelgebiet bloß dazu da, um als Tauschobjekt gegen den Danziger Korridor zu dienen. Sie würden sogar mit guten Augen die Polen in Memel sehen. Nun sind die „*Österreicher*“ (genannt sind die Memelländer) für das Vaterland nur Tauschobjekte. Ebenso wie ein Bauer ein Schwein füttert, damit er es später schlachten und zu einem guten Preise verkaufen kann, so wird auch jenseits der Memel gehandelt, um Memel nochher an die Polen zu verkaufen. Ein Unterschied besteht nur darin, daß der Bauer ehrlich ist und dem Schwein nichts von brüderlicher Treue und Liebe bis zum Grabe verspricht. Und nun sollten sie „treuen Memelländer“ wissen, daß sie gefüllt werden, damit sie gegen Danzig verkauft werden können. Oder vielleicht auch wollen die Memelländer mit guten Augen die Polen in Memel sehen? Aber dann könnten sie Abhängig werden von ihrem Recht der Autonomie und sie könnten sich schnellstens vorbereiten, treue Wiener Polens zu werden, denn man weiß ja, daß die Polen nicht gern mit ihrer Autonomie zu spielen lieben und auch etwas Verachtung nicht gerne gewohnt. Die Herren Subba, Drobiet und alle ihre Anhänger — für die wäre es vielleicht schön an der Zeit, die polnische Sprache zu erlernen, denn die Polen werden mit ihnen nicht deutlich sprechen, wie es die Etauer tun. Auch den politischen Loden mit dem Sonntag und anderem Autonomiespiel wird man liquidieren müssen, denn die Polen lieben und dulden derartige Säckchen nicht. — Janisch wäre es einmal interessant, den Namen eines angeblichen Leipziger Professors zu erfahren. Darüber sagt aber weder der Franzose Raudau etwas, noch weiß ihn der „*Lietuvių Aidas*“ mitteilen. Das Ganze hat von vornherein das Aussehen einer bewußten Fälschung, die dazu bestimmt ist, die Etauer gegen Deutschland aufzuhetzen und die Memelländer an Deutschland heranzuziehen. Man erinnert sich, wenn man den Unsan liest, daran, daß Frankreich in Polen eine große Summe für die antideutsche und polenfreundliche Propaganda bereitgestellt hat.

## Poljakoffs englische Sorgen.

Der „Kurier Pojanański“ veröffentlichte am 12. Dezember einen Londoner Brief des bekannten polnischen Propagandisten, des russischen Juden Poljakoff, der unter dem Namen „August“ schreibt, über die Korridorfrage. Eindeutig bemerkt die Redaktion, der von Anger mitgeteilte neue Plan zur Lösung des Problems beweise, daß die deutsche Propaganda es verstanden habe, in einigen englischen politischen Kreisen günstige Stimmungen für sich zu schaffen. Die englischen jungen, radikale öffentliche Meinung suchte immer wieder nach Mitteln, um die Forderungen Berlins bezüglich einer Änderung der deutsch-polnischen Grenzen in dieser oder jener Weise zu erfüllen. Außerdem sei auch diese Krise infolge der einheitlichen polnischen Front darüber klar, daß die Gedankung Pommerns auf friedlichen Wege unmöglich sei. Daher denke man an die Internationalisierung Pommerns; — aber auch sie sei für Polen undiskutabel. Der Korridor behindere den Durchgangsverkehr von Reich nach Ostpreußen nicht (II), auch deutsche Militärschiffe verkehren häufig und ohne Formalitäten (II) durch Pommern. Der von Anger mitgeteilte Plan ist, wie er schreibt, künstlich in einem kleinen Kreis in London erörtert worden, der aus Personen besteht, die an der Lösung des Korridorproblems im deutschen Sinne besonders interessiert sind. Anger hatte ebenfalls eine Einladung erhalten, und man erklärte ihm, es handle sich nicht darum, den Korridor Deutschland zuverleihen. Die ethnographischen und historischen Rechte Polens auf Pommern seien würdig beachtet (II), aber die Forderungen Deutschlands seien berechtigt. Um sie wenigstens zum Teil zu erfüllen, werde es genügen, den Küstenstrich und das Gebiet der heutigen freien Stadt Danzig Deutschland einzufordern. So werde ein neue neutrale Staat geschaffen, den man vom Volkerbund verwalten lassen möchte. Die Verwaltung dieses Staates könnte nach dem Vorbild des Saargebietes eingerichtet sein. Deutschland werde dann nicht mehr darüber klagen können, daß polnisches Gebiet es von Ostpreußen trenne (II). Anger sagt hinzu, es sei ihm nicht schwergefallen, die Unmöglichkeit dieses Plans lächerlich zu machen. Man müsse, meint er, mit einer neuen Entwicklung der Dinge in englischer Weise rechnen. Nach Schluss des Diskussions über die Abreitung müsse die deutsche Aktion gegen Polen zu einem Ende zunehmen. Man werde in England einen Kompromiß zu finden suchen aus Sicht vor einem Kriege, mit dem, wie Poljakoff meint, Berlinständig drohe.

## Das „geraubte Breslau“.

Im „*Breskaito*“ des konserватiven „*Pojanański*“ finden wir, so schreibt das „*Pojener Tageblatt*\", folgende ergänzende Erlegung auf Anfrage aus dem Leserkreise: „Herr Karol Danin. Ihr Vorschlag (nämlich die „Breslauer Straße“ in Polen umzutauschen) mag vielleicht gut sein, doch ist seine Durchführung jetzt nicht geboten. Sie vergessen, daß Breslau eine politische Stadt war und ist, die uns durch die Deutschen geräubt wurde. Die Beibehaltung des Straßennamens ist gewissermaßen ein Symbol, das mir auf unserer Eigentum nie und nimmer verjücht werden“ — Herr Danin scheint das patriotische Herz vor Schmerz zu platen, es in Polen immer noch eine Breslauer Straße gibt, und bei dieser Gelegenheit erfährt wir eine ganz neue historische Weisheit. Ein Glück für die bösen Deutschen, daß der „*Piemnik Pomorski*“ auf Słogos, Wien und Berlin verzichtet zu haben scheint! Hofft würde man doch wohl den betroffenen Straßen die früheren Namen Glogauer, Wiener und Berliner Straße belassen, als Symbol, das der „*Piemnik Pomorski*“ aus dieses sein Eigentum nie und nimmer verjücht wird. Nun brauchen Deutschland und Österreich wenigstens für diese Städte nicht mehr zu existieren. Doggen scheint man in der alten Pojewostra nicht mehr auf die Schmerz, ja sogar auf Venedita verzichtet zu haben, denn es gibt in Polen immer noch eine ulna Swajarska und eine ul. Wenceslańska. Der „*Piemnik Pomorski*“ löste sich sehr lebhaft, daß Breslau, bevor es nach dem schlechten Kriegs an Preußen fiel, Österreich angehört hat, welches es wiederum den Ungarn abgenommen hat. Und sogar vor den Ungarn war es im Bezirke Böhmen, nicht Polens, einer diplomatischen Auseinandersetzung“ stehen wir mit Interesse entgegen.

## Zwischen Berlin und Warschau.

Der „Kurier Pojanański“ kritisierte die Sparmaßnahmen der polnischen Regierung in den ehemals preußischen Gebieten, in denen die Angleichung an Kongresspolen an die Weise betrieben werde, daß alle musterhaften Einrichtungen, die die preußische Verwaltung ihres allmählich abgebaut werden. Die wirtschaftlichen, kulturellen und volkssolidarischen Interessen dieser Gebiete werden nach Meinung des „Kurier Pojanański“, der sonst nicht deutschfeindlich genug schreiben kann, von der Warschauer Regierung mit Angst getreten. Bei seiner Kritik entschlägt dem Blatt ein Engagements, das gehalten zu werden verdient. Es schreibt: „Die preußische Regierung hat bekanntlich den Städten und Städten in Polen und Woiwodschaften besondere Sitzforsorge gewidmet, indem sie von der Vorortsetzung ausging, daß das in diesen arbeitsamen Gebieten geheilte Kapital sich rechtlich vereinje. Vor allem machte man sich an die Befestigung der Wege, der Bromberger Kanal, Chausseen und Eisenbahnen wurden gebaut. In größeren und mittleren, später sogar in kleineren Städten wurden Garnisonen untergebracht. Ämter und Staatsinstanzen errichtet. Siedeln zum Beispiel erhielt außer einer Garnison und verhüllten Schulen die bekannte große Hallestadt in Glogau. Besondere Sitzforsorge wurde den kleinen und ganz kleinen Städten gewidmet. Janin, Restompol, Wielinow wurden. Sie von Kreisbehörden in Echin, Rogalin und Koszminie wurden Lehrerseminare errichtet, in Bartosz, Crone u. d. W. Wilkowice, Dziewin und vielen anderen Städten wurden Schulinspektorate, Bürgerschulen, landwirtschaftliche Schulen und dergleichen geschaffen. Diese Anstrengungen, obwohl zu Germanisierungszwecken geplant, übten einen günstigen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Städte und Städten aus, wodurch unweilehaft auch die polnische Bevölkerung davon profitierte, überwiegend zwar nur mittelbar, denn unmittelbar wurde für sie selbst, obwohl sie Steuern zahlt, grundsätzlich nichts getan.“ (V) — Das „*Pojener Tageblatt*\", schreibt zu dieser bemerkenswerten Auseinandersetzung des „Kurier“: „Die leichte Behauptung, daß für die polnische Bevölkerung grundsätzlich nichts getan wurde, ist mit den geschichtlichen Tatfällen nicht vereinbar, gehört aber zur gesetzlichen Kampfmethode und soll in diesem Falle die unfehlbar gespendete Anerkennung abschließen. Der kulturelle Hochstand der Bevölkerung Weißrussens ist das Werk der preußischen Schulverwaltung. Hier gab es bis zum Weltkrieg überhaupt keine Anatopobeten, während in Galizien und Kongresspolen der Prozentsatz der Anatopobeten 50 o. H. der Bevölkerung übersteigt. Die Germanisierungspolitik, die besonders in ihren den unteren Organen zur Erfüllung vorsorglich ausgewählten von jedem rechtmäßigen Deutschen verurteilt wird, sollte sich im allgemeinen über alle wirtschaftlichen und persönlichen Säiten. Ein starker polnischer Mittelpunkt würde sich zu preußischer Seite empor. Selbst die staatliche Ausbildungstätigkeit darf nicht verhindern, daß der landwirtschaftliche Grundbesitz in polnischer Hand zunimmt. Sind doch polnischen Kreditgenossenschaften, obwohl ihre ungemeinliche Einstellung zum Staate bekannt war, zu denselben günstigen Bedingungen wie den deutsch-bürgerlichen Instituten Darlehen aus deutscher Regierungskasse gewährt worden.“

# Die letzte Nummer

in diesem Jahre geht hiermit unsern Lesern. Wir bitten dringend, daß diejenigen, die unter „Ostland“ für das erste Vierteljahr 1935 noch nicht neu bestellt haben, dies unverzüglich zu tun.

Zerner bittet wie Mitglieder und Ortsgruppen, sich für die Weiterverbreitung des „Ostland“ beim Jahreswechsel tatkräftig einzusetzen. Wer Bezieher für das „Ostland“ werden will, stärkt dessen Elastik als Kampfblatt für den Osten. Wir geben Seiten entgegen,

die von größter Entscheidung für die Zukunft unseres Osteins und damit auch des Vaterlandes sind. Zur Vorbereitung der männlichen wöchentliche Lösung der Ostfragen ist Aufklärung in den weitesten Kreisen nötig. Diese Aufklärung vorbereitet das „Ostland“. Daraum nicht dem Osten und dem Vaterland, wer nur Verbreitung des „Ostland“ beträgt. Der Bezugspreis beträgt für das wöchentlich 12–16 Seiten stark erscheinende „Ostland“ nur 1,50 RM. im Vierteljahr.

## Von der Ostiedlung.

### von Schleicher über die Ostiedlung.

Reichskanzler von Schleicher hat in seiner Rundfunkrede vom 16. Dezember, in der er sein Regierungsprogramm entwarf, u. a. über die Siedlungspläne des derzeitigen Kabinetts folgendes gesagt: „Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die Siedlung eng zusammen. Über die Notwendigkeit zu siedeln, und zwar so schnell und so viel wie möglich, liegt vor uns alle einig. Aber wir wollen uns nichts vormachen. Mit dem Bringen des Gutes hat es bislang nie geholfen. Gerade auch in Wahrheit ist es auf Beziehung unseres Ostmarktes und der großen Wert legen, um in der Siedlungsfrage nachstünftig schmäler vorwärtszukommen, ist innerhalb des Reichskabinetts dem Reichskanzler und seiner Vertretung dem Reichsminister für die Arbeitsbeschaffung ein besonderer Einfluß auf das Siedlungsproblem eingeräumt.“ So das Jahr 1935 sind zunächst 30 Millionen M. für die Siedlung im Haushaltssatz bereitgestellt worden, und weitere 50 Mill. M. werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorrangig. An den Landkreisen Oppeln, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg wird der Siedlung folgendes Land zugeführt werden: In Oppeln etwa 20.000 Morgen, in Brandenburg circa 100.000 Morgen, in Pommern etwa 20.000 Morgen, in den beiden Mecklenburgs etwa 120.000 Morgen. „Wie in Ergänzung der Ausführungen des Kanzlers mitgeteilt wird, soll außer in den von Konjunktur genannten Siedlungsgebieten Oppeln, Brandenburg-Polen, Westpreußen, Pommern und den beiden Mecklenburg auch in anderen Gebieten Deutschlands, insbesondere in den beiden Schlesien gefördert werden. Für die beiden Schlesiens kommen dann etwa 200.000 Morgen in Frage, so daß das insgesamt zu belebende Gebiet in Deutschland auf etwa 800.000 Morgen geschätzt wird.“

„Es ist damit zu rechnen, daß sich diese Zahlen in der weiteren Entwicklung des Ostbauvorhabens, die aufs äußerste befürchtet werden wird, noch sehr erheblich erhöhen werden.“ Der Kanzler wies sodann auf die Gefahren hin, die jeder Siedlung durch den Preisstand der Preise der Veredelungsprodukte drohten, und betonte, daß die Reichsregierung bereits durch den Rentenentschließungs-Eck gebrochen habe und durch weitere Maßnahmen die Notlage der Siedler zu lindern versuchen werde. „Der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt liegt darin, daß zuviel Menschen die Verbündung mit dem Boden verloren haben, in Großstädten zusammengekettet leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung stärker getroffen werden als der Mann aus eigener Scholle. Es wird der Arbeit einer Generation bedürfen, die Schleicher dieser Entwicklung auszuweichen.“ Der Kanzler forderte in diesem Zusammenhange die stärkere Ausnutzung des dünnbesiedelten Ostens, ein Aufstocken der Großstädte und ein Schaffungsmachen eines möglichst großen Teiles auch der städtischen Arbeitsschaft im Sinne südostdeutscher Bevölkerungsstruktur.

Das ist ein Programm. Programme haben wir in den letzten 14 Jahren schon viele gehört. Auf ihre Durchführung aber haben wir bisher in der Regel verzerrt gewartet. Das Programm des derzeitigen Kanzlers enthält im Abschnitt „Siedlung“ ein erfreulich klares Bekenntnis zum Osten. Viele weniger klar sind dagegen die Ausführungen des Kanzlers zu den handelspolitischen Fragen, deren Lösung die Voraussetzung zu einer erfolgreichen Durchführung der Siedlung darstellt. Der Kanzler hat zwar gesagt, daß, aber er hat vereinfacht noch nicht gesagt, wie er die Schwierigkeiten zu

besiegen gedenkt, die von verschiedenen, auch ihm nahestehenden Seiten dem Siedlungswerk bereitet werden. Er hat darüber gesagt: „Die Reichsregierung wird bei dem Aufbau des Agrarschlusses die von den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten Maßnahmen fortsetzen und ausbauen. Sobald hier die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen und wesentliche Erleichterungen eintreten, wird die Reichsregierung von ihrer Zollautonomie im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmaße Gebrauch machen. Außerdem wird sie die übermöglichen Einfuhr einzelner Waren auf den handelspolitischen, jeweils geprägten Wege entgegenwirken.“

### Siedlungsausbau der Reichsregierung.

Im „Reichsangebot“ vom 16. Dezember wird eine Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung veröffentlicht. Art. 5 dieser Verordnung lautet: „Um die Vereinheitlichung der Aufgaben der ländlichen Siedlung sicherzustellen, lebt der Reichskanzler bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einen Aufschluß über Mitglieder der Reichsregierung um, die beim Beschäftigung der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei grundsätzlichen Entscheidungen, insbesondere über die Ausstellung von Richtlinien und über deren Durchführung, einzuholen hat. Der Reichskanzler kann den Vorstoß des Auschusses leicht übernehmen. Seine Vertretung steht dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung zu.“

### Senkung der Siedlerrente?

Der Siedlungsausbau des Reichstages hat am 20. Dezember mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Volksdienstes und zwei deutschnationalen Stimmen gegen eine deutungsfähige Stimme, sowie gegen die Stimmen des Zentrums und der B.Z. die Volkspartei einen Antrag auf Senkung der Siedlerrente angenommen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut: „Die Rente des mit Reichsmitteln eingesetzten Siedlers werden mit Wirkung vom 1. Juli 1932 von 5 n. H. auf 3 n. H. herabgesetzt.“ Die Herabsetzung wird vorläufig auf drei Jahre befristet. Für die mit Sondermitteln angelegten Siedler ist eine gleiche Regelung angedacht. In allen Fällen sind die jüngsten Stellen im Preissenkungskatalog zu ermöglichen, weitere Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Sämtliche nach der Inflation entstandenen Siedlungen einschließlich der Rogen- und Süßwassersiedlungen sind sofort auf die Höhe der Renten und ihre Größtmöglichkeit hochzuprüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Reichstag vorzulegen.“

### Die Arbeitsgemeinschaft der privaten Siedlungsunternehmen

z. B. in Berlin hielt am 15. Dezember ihre große Wintertagung und Herbstversammlung ab, an der auch die Siedlungsanstalt Ost Deutscher Osthund teilnahm. Unter anderem sprach auf der Tagung der frühere Staatskommissar für die Ostpreußensiedlung, Rat Körnchen, der über die monatlichen Behinderungen, die dem Siedlungswerk bereitstehen, und über die Möglichkeiten einer Verbesserung der Siedlung und einer Erleichterung des Siedlungsverfahrens sprach. Der Leiter der Jungbauern- und Siedlerhöfe Berlin, Hilmann, berichtete über den Einstieg des Freimülligen Arbeitsdienstes für die landwirtschaftliche Siedlung, wobei er sich für eine verstärkte Heraushebung der Jungbauern, erwerbsloser Landarbeiter und ländlichen Handarbeiter zum S.A.D. und für eine Verlängerung der Arbeitsdienstzeit für Siedlungsauswärter auf 40 Wochen einstellt. Die Notwendigkeit der großen kolonialistischen Arbeit wurde in der folgenden Aussprache allgemein anerkannt.

Unter Umständen in der nächsten Zeit eine höhere Bewertung der Reichsbaubausförderungen eintreten kann.

Am 20. d. M. hörtet wie folgende unverbindliche Verkaufskurse:

	I	II	I	II
1933 ...	99 1/2 v. H.	99 1/2 v. H.	1939 ...	78 v. H.
1934 ...	95 1/2	95 1/2	1940 ...	77
1935 ...	90 1/2	89	1941 ...	75
1936 ...	86 1/2	84 1/2	1942 ...	74
1937 ...	82	81	1943 ...	74
1938 ...	80	79	1944-45	73 1/2
			1944-45	73

Wiederbaubausförderungen 1944/45 34 v. H., 1946-48 33 v. H.

## Entschädigungswesen.

### 6 % Reichsschuldbuchforderungen.

Wie zu erwarten war, haben sich die Kurse des Reichsschuldbuchforderungen in den letzten Wochen gut gehalten. Während die Kurse der anderen Wertpapiere größeren Schwankungen unterworfen waren, haben die Kurse der Schuldbuchforderungen ihren Stand beibehalten können. Die Entwicklung der Kurse der Reichsschuldbuchforderungen wird in den nachstehenden Kreisen weiterhin günstig deutet, so daß

# Auswertungsfragen.

## Hinterlegte Gelder werden nicht ausgewertet.

Vor einiger Zeit hatten sich Berliner Gerichte in zwei Instanzen mit der Frage zu beschäftigen, ob der preußische Staat zur Auswertung von Geldbezügen, die bei staatlichen Hinterlegungsstellen in Preußen deponiert worden sind, verpflichtet sei. Die erste Instanz hatte diese Frage verniedigt, während die zweite Instanz sich für eine Auswertungspflicht des preußischen Staates ausgesprochen hatte. Auf die Revision des preußischen Staates hin hat jetzt das Reichsgericht das zweitinstanzliche Urteil aufgehoben und endgültig festgestellt, daß hinterlegte Geldbezüge nicht der Auswertung unterliegen.

# Bundesnachrichten.

## Ein frohes Weihnachtsfest

zusammen wie allen unseren Freunden und Bekannten, Mitarbeitern, Freunden und Förderern. Möge an diesem Fest der Liebe auch in das Heim derer, die alt und krank, erwerbslos und erwerbsunfähig, die von Rot und Herzschlag gepeinigt sind, ein Strahl der Freude und des Trostes, des Friedens und neuhebender Zukunftshoffnung dringen! In diesem Sinne allen Mitgliedern der großen Oftland-Gemeinschaft und der „Oftland“-Gemeinde, wie auch allen Brüderinnen und Schwestern in der alten Heimat: ge segnete Feiertag!

## „Oftland“-Inhaltsverzeichnis.

Der heutige Nummer, der letzten in diesem Jahre, liegt das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1932 unserer Wochenschrift „Oftland“ bei. Es spiegelt den reichen Inhalt des Jahrgangs wider und zeigt, wieviel von diesen Inhalten der Wert beläßt. Wer betrachtet es als Selbstverständlichkeit, daß jeder Bundesverband und jede Ortsgruppe das „Oftland“ sammelt, um jedem Angehörigen durch Nachschlägen über wichtige örtliche und organisatorische Fragen unterrichten zu können, um die Berichte über die eigenen Veranstaltungen im „Oftland“ für die Power aufzuheben und gegebenenfalls den alten Jahrgang einzuholen und neuen Mitgliedern zu Informationszwecken zur Verfügung stellen zu können. Es ist jeder Ortsgruppe, auch wenn sie noch so Sparmaß ist, möglich, die einzelnen „Oftland“-Nummern eines Jahrganges in einem blauen Aktenbechel gesammelt aufzubewahren. Es empfiehlt sich aber natürlich, die verhältnismäßig geringe Ausgabe, die das Einzelne in dem vertraulich, nicht zu löschen und den gebrauchten Jahrgang der Bücherei der Ortsgruppe oder des Landesverbands, wenn eine solche vorhanden ist, einzuwerten, ihn sonst aber mit den Alten zusammen aufzubewahren. Wer das tut, wird immer seine Freude daran haben. Blättert man einen Jahrgang durch, so sieht man immer wieder mit Überraschung, wie viele wertvolle Beiträge man nicht mehr im Kopfe hatte, ein wie reiches Material für Vorträge in den einzelnen Räumen bzw. Jahrgängen steht, wie sie auch bei der Ausarbeitung von Aufsätzen über einzelne wichtige Themen, wie z. B. über die Korriderfrage, über die gesamtlane Entdeutschungspolitik der Polen, über die Schul- und Minderheitensfrage in Polen usw., reichliches Material geben, das sonst kaum auf andere Weise zu erhalten ist. Wenn kommen die vielen eindrücklichen Gedichte, Erzählungen, Erinnerungen, Schilderungen usw. Die Zusammenstellung des Inhaltsverzeichnisses stellt eine reiche Arbeit, die Herauszählung eine nicht unerhebliche finanzielle Belastung dar. Wir hoffen, daß Zeit und Geld dafür nicht umsonst vertau sind, sondern doch unter den Büchereien der Ministerien, der ländlichen Reichs-, Staats-, Provinzial- und Gemeindebehörden, den Universitäten, den Städten usw., die das „Oftland“ selbstverständlich binden lassen, nicht nur die Landesverbände und Ortsgruppen, sondern auch recht viele Familien das „Oftland“ sammeln, Jahrgang weise zusammen mit dem Inhaltsverzeichnis binden lassen und aufzubewahren. Kind und Kindeskinder werden einmal dankbar sein, wenn sie aus solchen „Oftland“-Bänden hören sich über Deutschlands Notzeit und seinen Wiederaufstieg unterrichten können. Zusammen mit unserer „Oftland“-Heimatkalender geben die einzelnen Jahrgänge unserer ostdeutschen Kampf- und Familienzeitschrift „Oftland“ in die Entwicklung der Oftsteigen einen tiefen Einblick.

Landesverbände, Ortsgruppen und Mitglieder, die es vorab könnten haben, das „Oftland“ zu sammeln, den letzten Jahrgang aber gern aufzubewahren möchten, können diesbezüglich der Vorrat reichen, von uns umgebunden zum ermäßigten Preis von 10 RM, gebunden für 14,50 RM, wenn in beiden Fällen die Postgebühr kome, beziehen.

## Die Zeit läuft am 31. d. M. ab

für die Einreichung von Anträgen auf Herausgabe von Urkunden aus allen Entschädigungsakten

mit Ausschluß derjenigen Fälle, in denen das Verfahren noch schwächt, d. h. eine Schadensentschädigung noch nicht gewährt oder die rechtsgültig gewordener endgültiger Ablehnungsbescheid noch nicht ertheilt ist, ferner mit Ausschluß derjenigen Fälle, in denen die Geschädigte auch einen Schadensanspruch beim Polizeipräsidiumskommissär angemeldet hatte, der die ländlichen Entschädigungsakten dann an sich herangezogen hat und die Akten weiter aufbewahrt.

Bordbräcke für diejenigen an den Deutschen Ostbund in Berlin B 30, Moabit, 22, zu rücksenden Anträge sind von uns kostenlos zu haben und müssen schriftlich angefordert werden. Nach dem 31. d. M. werden Anträge von der Reitersverwaltung für Reitersaalgaben weder von den Geschädigten direkt noch durch uns angenommen. Bleibt in einzelnen Sätzen keine Zeit mehr zur Ausforderung von Bordbräcken, so bitten wir, den Antrag auf Urkundenausgabe ohne Bordbrücke schriftlich an uns zu richten, in jedem Sätze aber mindestens das Akteneinzelstück der Entschädigungsakten, in der die Urkunden liegen befinden, anzugeben. — Die Akten liegen werden nicht herausgegeben, sondern nur die Urkunden. Die Urkunden werden im Laufe des nächsten Monats dem Antragsteller zugestellt, sobald die sehr umständliche Ausförderung der Urkunden aus den riesigen Ostbergen erfolgt ist.

# Aus der Bundesarbeit.

## Versammlungskalender.

**Ortsgruppe Berlin-Ost:** Weihnachtsfeier am Freitag, 30.12., abends 7 Uhr, im Vereinslokal „Köpenicker Hof“.   
**Bereit der Deutschen an Tisch und Umgegend:** Weihnachtsfeier am 27.12. (3. Weihnachtsfeiertag), 6 Uhr abends, im Regenreuthau, Charlottenburg, Berliner Str. 61. Gäste u. Freunde willkommen.   
**Ortsgruppe Rießen:** Weihnachtsfeier am Mittwoch, d. 28.12., 4 Uhr, im Vereinshaus, Röhrnstr. 17. Unter anderem Erfahrungsbericht des 1. Weihnachtsspiels „Kindergruppe“, d. Georg Janus, Rießen. Kinderbetreuung, obendrein Familienkreislauf. Eingeführte Gäste willkommen.

## Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Hirschberg und Umgebung veranstaltete im Theater-Cafe eine Adventsfeier. Wie in früheren Jahren, so war auch diesesmal der Abend von der Frauengruppe gut vorbereitet. Der Vorsitzende, Steuersektor Lange, konnte eine zahlreiche Versammlung, Gäste und Mitglieder, begrüßen. Freuen Nikolaus verteilt reichliche Gaben. Gedichte und Gesänge vom Mitgliedertum sowie musikalische Vorträge, der Geschwister. Gel. Zinge und Lore Müller-Windisch umrahmten den gut verlaufenen Abend. Eine Verlosung bestimmt die östnachische Feierkunde.

**Ortsgruppe Sprottau:** Bei der letzten Monatsversammlung wurde als wichtigster Punkt der Tagesordnung die Kreisjubiläumsfeier behandelt. Der Vorsitzende, Obersteuersekretär Träger, führte u. a. anläßlich dieses aus: Wohl die wundschönsten Feierlichkeiten unter allen Umwegen seien die Bützholz-Friedensakten, sind die Feierlichkeiten über die Abtrennung großer deutscher Ostgebiete und die Ziehung der neuen deutschen Ostgrenze. Wirtschaftlich und kulturell gehörte durch das verlorene Hinterland, weiterhin geschah durch die harte und langdauernde Wirtschaftskrise, liegen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel daneben. Die kulturellen Einrichtungen sind vielfach unzureichend und können der Bevölkerung nur in beschränktem Umfang angeführt werden. So bietet der ganze Osten ein Bild des wenigstens Niederganges. Wenn man sich die durch die Verordnung des preußischen Staatsministers vom 1. August d. J. verfügte Zusammenlegung einer Anzahl Kreise, besonders auch im nördlichen Niederschlesien ansieht, so könnte man zu der Ansicht kommen, daß die Gesetzgeber die Bedeutung der Probleme des deutschen Ostens für die Gesamtnotition noch nicht genugend erkannt haben. Welch unermesslicher und nicht wieder gutzumachender Schaden ist durch die Zusammenlegung unseres Kreises mit dem Kreise Sagan angerichtet worden! Alle, aufs beste bewährte Traditionen wurden über den Haufen geworfen. Wirtschaftseinheiten, die sowohl geographisch wie verkehrs- und wirtschaftspolitisch eine Einheit waren, die nicht durch unseres „Alten Sib“ in der bisher bestehenden Form geblieben wurden, werden zerstellt. Der organisch und geographisch gegebene Mittelpunkt des Kreises, die Stadt Sprottau, wird schwer geschädigt. Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe und Handwerk, wie überhaupt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, werden in jahrehaften Sägen ihrer Existenz beraubt. Warum? Weil der Gesetzgeber glaubt, doch durch die Verwaltungsreform wesentliche Erfolge im Staatshaushalt erzielt werden können. Es bedient Scheinbar dabei aber nicht, daß durch eine vermehrte Rechtsextätigkeit infolge der verlängerten Wege zum Kreisamt, durch die Errichtung von Sprechstagen und alle sonstigen Unhandlichkeiten, die mit dem Aufsuchen der jetzt in Sagan befindlichen Kreisbehörden jedem einzelnen, wie auch dem Staat selber, Aufwendungen entstehen, die eine etwaige Erfolgsrate aufheben. Da außerdem die Kreisflämmenlegung hier, wie auch an allen davon betroffenen Kreisen eine weitgehende Veränderung der Kreisbevölkerung hervorgerufen hat, die sich bei uns sogar in einer heftigen Bevölkerung der Städte Sprottau und Sagan auswirkt, mir aber bei der auf sich stehenden Partei politischen Macht des Volkes nicht auch noch eine solche wirtschaftspolitische Art brachte, kann es nur eine Forderung, wie die ill. Abstufung der Verordnung vom 1. August 1932 mit allen bisher ergangenen Rechtsverordnungen und Wiederherstellung des alten Zustandes wie vor dem 1. August. Der Deutscher verläßt schließlich nachstehende Entschließung: Die Deutschen Oftland vereinigen Oftmark der Kreises und der Stadt Sprottau, eins in Wollen mit der gelannten Einwohnerzahl des Kreises, fordert Wiederherstellung des durch die Kreisflämmenlegung dem Kreis Sprottau zugefügten Unrechts. Sie sind sich darüber

einig, daß nur eine Wiederherstellung des alten Zustandes wie vor dem 1. August für alle ausgelöschten und zusammengelegten Kreise dahin führen kann, den so bitter notwendigen Kampf für die Schulung des deutschen Orients wirklich zu gestalten. Wir fordern daher Aufhebung der Verordnung vom 1. August 1932 mit allen Ihren Redenverordnungen.

Die Frauengruppe Slogon konnte am 12. Oktober auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Das Stiftungsfest, welches an diesen Tage in den Räumen der Plantage, verbunden mit Elsbahnausweise, gefeiert wurde, eröffnete die 1. Vorsitzende, Frau Steu läch., mit einem herzlichen Willkommen; sie führte den zahlreichen Besammlungen die Ziele und den Zweck des Bundes vor Augen und schloß mit dem Wunsche, daß das Land, was einst einst ward, auch bald wieder unter sein möge. Hierauf folgten ein von Dr. Suckert vorgetragener Prolog und die Weihe des Elsbauers. Der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Oberstaatssekretär Lenz, hielt hierzu die Weisrede. Das Deutschlandsfest beschloß den Weinzauber. Während des gemütlichen Teils wurden ein Singspiel von Dr. Suckert und Dr. Suckert vorgetragen. Frau Wenzel erfreute die Anwesenden durch humorvolle Gedichte in thürischer Mundart.

### Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Wittenberg beging am 3. Dezember in Volkskleinem Saal ihre von der Frauengruppe vorbereitete, äußerst gut besuchte Adventsfeier. Nachdem der Vorstand, Kaufmann Otto Buchmann die Anwesenden begrüßt, der unter Beifall besonders leidenden Volksgesang in den uns entzerrten Gedanken und gehabt und der Hoffnung auf ihre baldige Befreiung Ausdruck gegeben hatte, wurde gemeinsam ein Weihnachtslied gesungen. Unter Leitung von Dr. Menzel führten acht Mädchen einen hübschen, von Frau Brösel eingespielten Weihnachtsreigen auf. Zur Verherrlichung vertonte Sankt Nikolaus Spisjanschen an die mitunterkende kleine Gemeinschaft. — Unter den neuen Mitgliedern befand sich Pfarrer K. Angermann, der aus Altenbergs nach Wittenberg übersiedelt ist. In seiner Selbstansprache gelang es ihm, die seelische und gedankliche Verbindung mit jedem Zuhörer zu knüpfen. Wie der Vortragende ausführte, hat er 30 Jahre in der Ostmark als Pastor gewirkt, zuletzt in Bromberg, und ist, obwohl aus Preußen gebürtig, durch Arbeit und Reisung ein wirklicher Ostmärker geworden. Wie die nationale Front nicht ohne bedeutende kirchliche Arbeit, so sei auch deutsches Volkstum nicht ohne kirchliches Leben zu denken. Unserem ganzen deutschen Volke sei zu wünschen, insbesondere in dieser furchtbaren ersten Zeit, daß es wirklich rechte christliche Weihnachten feiern möge. Nicht nur in der Wirtschaft und der Politik mächtige Aenderungen erfolgen, sondern auch ein neues Werden der deutschen Seele sei nötig. Wie die Zwischenkrisen unter dem unliebsamen Drucke der politischen Herrschaft zu leiden hätten, so mehr noch die Jugend; schrecklich sei der Gedanke, daß konfusen deutscher Schulkindern bis zum enden duthlischen Unterricht aufzutreiben. In den uns gewissen Gebieten habe Preußen während seiner Regierung sprachliche Rückichten bis zum Auflöszen genommen. Dafür nur der eine Beweis, daß bis 1873 die Regierungsmittelbüro in deutscher und polnischer Sprache erschienen sind. Wenn Preußen so germanisiert hätte, wie jetzt Polen polonisiert, wäre ganz Polentum kein Stumpf mehr übriggeblieben. Die Abwehr politischer Amokläger müsse Sache des ganzen deutschen Volkes werden. Der Verhandlung erentezte reichsten Basall. Die Verhandlung blieb noch einige Stunden bei mußkaliadischen Vorträgen des Haussakopfes und ernsten und heiteren Vorträgen von Mitgliedern bestimmt.

### Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Bielefeld. Am 2. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe in der Aula des Gymnasiums eine Kundgebung für die entarteten und bedeängten Ostmark. Der Vater der Verhandlung, Herr Verwaltungsdirektor Röhrich, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste, alsdann ergriff der Redner des Abends, Herr Prof. Dr. Schröder, das Wort zu seinem Vortrage über „Deutschlands Schicksalsrecht auf den Osten“. Von hoher wissenschaftlicher Worte schilderte er das Ringen um die deutsche Ostmark, das Hün- und Herfluten von Deutschtum und Slaventum im Laufe der Jahrhunderte. Unser historisches Recht auf die verlorenen Ostgebiete gründet sich vor allem auf die große deutsche Kolonisationsbewegung des Mittelalters, während der deutsche Bauer und Handwerker unter der Führung weitstrahlender Fürsten und des deutschen Ritterordens den heidnischen und bald missionierten slawischen Stämmen jenseits des Elbe das Christentum und die deutsche Kultur brachten. Damals seien auch im wesentlichen die deutschen Oligarchen der Vorkriegszeit geschlossen worden. Ihr Vorherrschaft zweiten Thronen sei dann vor allem auf das alte deutsche Erbteil, die innere Sozialordnung, und

den Aufstand der preußischen Stände gegen den Ritterorden im Jahre 1454 zurückzuführen. Auf die politische Zeit, die aus dem thymals in hoher Blüte stehenden Danne eine Wüstenei gemacht hatte, folgte noch den Teilungen Polens die Wiederherstellung mit den drei freien Mutterlanden und die Wiederherstellung der Ordnung durch Zepter des Großen, und zwar in gründlicher Weise, daß es Ropoleum 1837 nicht mochte, diese gewisse unter polnischer Herrschaft genossenen Gebiete des neuangelegten Herzogtums Warschau umzulegen. Erst dem auf gefälliger Unterlage beruhenden Verfaßter Dekret blieb es vorbehalten, in deutshem Osten einen Stand zu schaffen, der jeder Vernunft und Gerechtigkeit sehr wohl spricht. Zum Schlusse seiner interessanten Ausführungen verlas Herr Prof. Dr. Schröder einen Brief des Oberbürgermeisters Dr. Salge an Tiffi, der als gebürtiger Ravensberger heute in äußerster Nordosten Preußens auf vornehmstem Posten steht, und der durch die Ravensberger Blätter von der Verhandlung gehört hatte. Dr. Salge spricht in diesem Briefe u. a. die dringende Bitte aus, das geforderte Deutshum im Osten und insbesondere das Memelland nicht zu vergessen. Das wurde ihm durch ein Telegramm angezeigt. Mit jedem Empfinden vorgetragene Nieder des Quartals des hiesigen Polizeibeamten - Gefangenvereins und Gedächtnisvorträge von Mitgliedern des OLB bilden der Verhandlung einen würdigen Rahmen. Wir können diesen gut gelungenen, von nationalem Schwunge getragenen Abend als einen vollen Erfolg unserer Osthandelsgruppe bezeichnen. Ein gemütliches Beisammensein vereinte anschließend die Mitglieder und einen Teil der Gäste aus dem Vortrage in unserem Vereinslokal. Gesangsbeiträge, Anekdoten und Tortallage über kleine Gegebenheiten aus der alten Heimat ließen eine prächtige Stimmung unserer Verbündeten aufkommen. Als neues vielversprechendes Talent auf dem Gebiete der heimatlichen Vortragskunst entdeckten wir an diesem Abend zu unserer Freude unsern Landsmann Hundsdorff. — Auch unter Vereinsabend im November, der jährliche Gäste bei uns Joh., war hervorragend gelungen. Redakteur Hansknecht stellte einen Vortragsbeitrag über „Das blonde Schlesien“, der großen Anklang fand. Unser Mitglied Frau Södlich, erfreute uns durch einige vorzüglich in Söhnen gehaltene Bilder. Die Neubewohnung und Erweiterung in einigen Vororten am Rhein hatte folgendes Ergebnis: Bevölkerungsdirektor Röhrich, der schon länger in der Vorortarbeit steht, wurde zum 2. Vorstand gewählt. Er vertritt den nach langer Krankheit leider immer noch nicht völlig wiederhergestellten 1. Vorsitzenden, Richter Salzberg. Erstermeister Hundsdorff wurde zum Beihälter, Kreisparkaufseßmeister Helmut Marx zum Jagdmüller genoßt. Weinhändler, von Frauengruppe und Jungvögeln vorbereitet, am 1. Januar 1933.

### Landesverband Hessen-Kassel-Süddeutschland.

Frauendienst der Ortsgruppe Kassel. Nicht eine Frauengruppe neben der Ortsgruppe, sondern eine Sammlung der Frauen in der Ortsgruppe, zum Dienst an derselben, ih das erfreulichste Werk. Bei uns in Kassel ist es so, wie die dabei genommene Erfahrungen dürfen allgemein zur Kenntnahme reizen. Im Rahmen eines Adventsfeier feierte der Frauendienst am 7. Dezember sein jährliches Zusammensein, das Ortsgruppe und Frauendienst auch nach außen hin als zusammengehörige, sehr Einheit offenkundige, Frau Witzel, die Leiterin des Frauendienstes, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste und gab eine kurze Übersicht über die vom Frauendienst im vergangenen Jahr geleistete Arbeit. Obwohl diese sich naturgemäß mehr im verborgenen abspielt, ist sie doch nicht weniger wertvoll. Pfarrer P. E. J., der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, hielt in der Praxis der Segenwart umgesetzte „Bericht des Liebes den Weg“. Vom Februar vorzüglich die Frau und Mutter berufen. Ihre Hauptaufgabe sei es, über alle Uneinigkeit und Zerrissenheit unserer Zeit hinweg die einigenden, verstehenden und versöhnenden Liebe den Weg zu bahnen. Die Verhandlungen Jungen vor und nach der Aufsiedlung einige Strophen des Adventsliedes „Macht hoch die Tür, die Tor“ macht weit! Mehrere passende Melodieen für Bioline und Klavier, vorgetragen von Dr. Ohm und Schleier und Herrn Dippel, geben den Rahmen zu einem Schönwettervortrag des Ehrenvorstandes Lehrers Rögl über die verlorene Ostheimat. Mit einem kurzen Vortrag des zweiten Vorstandes, Herrn E. Kett, über „Die Möglichkeit der Herausgabe von Urkunden aus den Entzündungsakten“ und dem „Selbstsong“ aus dem Liederbuch des Deutschen Ostbunds, sandt der wohlwollenden Abend seinen Abschluß. Wir stellen erneut fest, daß der Frauendienst eine notwendige Ergänzung zu jeder Ortsgruppe ist. Wo er noch nicht besteht, sollte er schleunigst gegründet werden.

**„Ostdeutschen Heimatkalender“ bestellen!**

# Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

## Persönliches.

Oberpräfektensitzwechsel in der Grenzmark Polen-Westpreußen.

Der von uns bereits in Nr. 49 des „Ostland“ angekündigte Oberpräfektensitzwechsel in der Provinz Grenzmark Polen-Westpreußen ist imposanter und lüftiger beschllossen worden. Oberpräsident Dr. h. c. von Bülow in Schwerin schied am 1. April 1933 wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst. Er war auf seinen Wunsch bereits jetzt bestellt und siedelt auf sein Gut im Kreis Kreuzburg (Ostpreußen). Sein Nachfolger ist der bisherige Landrat des Kreises Meierich, von Mölbow, ernannt, der am 15. Januar zunächst kommissarisch die Geschäfte des Oberpräsidenten in Schwerin übernehmen wird. Der dortige Provinzialausschuss hat sich mit leiser Ernennung zum Oberpräsidenten bereits einverstanden erklärt. Zum Nachfolger des Herrn von Mölbow als Landrat in Meierich ist Herr von Cöster ernannt worden.

**Ministerialrat.** Dr. h. c. Max Donnerort 60 Jahre alt.

Am 12. Dezember vollendete Dr. phil. h. c. Maximilian Donnerort in Berlin-Stadtabsatz-Well (Grenzstrasse), Ministerialrat der kultur-politischen Abteilung des Reichsministeriums des Innern, das 60. Lebensjahr. Gehöriger Olziringer, wurde Donnerort Reichswohlstand in Mecklenburg-Müritz ernannt. Der dortige Provinzialausschuss hat sich mit leiser Ernennung zum Oberpräsidenten bereits einverstanden erklärt. Zum Nachfolger des Herrn von Mölbow als Landrat in Meierich ist Herr von Cöster ernannt worden.

\* \* \*

Zum Reichsgerichtsrat ernannt wurde der Landgerichtsdirektor beim Landgericht I in Berlin Dr. Erich Schulze in Berlin, Landgerichtsrat in Beuthen (Oberschlesien) von 1914 bis 1922.

**Ehrenbürgler.** Magistrat und Stadtoberbaudirektion der Stadt Meierich haben einstimmig beschlossen, Dr.-Ing. h. c. Dr. Georg Seibt, Berlin, den Gründer der weltbekannten Radiostation Dr. Georg Seibt A.-G. in Berlin-Schöneberg, der ein Sohn der Stadt Meierich ist, zum Ehrenbürgler zu ernennen. Dr. Seibt wurde am 2. September 1874 als Sohn des Kaufmanns Julius Seibt in Meierich geboren. Seine Mutter entstammte einer alten Meiericher Bürger- und Lauthocherfamilie.

**Geboren:** Eine Tochter dem Ehepaar Fritz Jupp und Frau Anna, geb. Mann, in Pölitz i. Pom., früher Weißböhme, Krs. Wirsitz.

**Vermählt:** Reg.-Arztdienstrat Dr. O. H. Wagner in Frankfurt a. O. mit Dr. Ursula Wenzelhoff.

**Silberne Hochzeit:** Schlossmeister Albert Meister und Frau Helene, geb. Kötting, früher Steine, jetzt Welsleben (Seedorf), am 28. 12.

**Goldene Hochzeit:** Eduard Lefchner und Frau Auguste, geb. Wittenberg, in Kublitz, am 18. 12.

**Begehrte Ostmärker:** Gürtnerbesitzer Adolph Hoffmann in Großmühlen, früher Wohl- und langjähriger Provinzial- und Gruppenvorsteher der Posener Gürtnerbetriebe, am 27. 12. 65 J.; Alfredus Högl, geb. in Berlin RO 35, Nachbar, 13 (früher Weißböhme), am 31. 12. 65 J.; Kaufmann Frank in Röcklitz i. Mark, Schloßstr. 20, früher Opalenitz, am 21. 12. 65 (langjähriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Berlin-Friedrichshagen).

**Gefordert:** Der ehemalige Besitzer des Rittergutes Sarbia, Krs. Samter, Hugo Sudent, in Polen am 17. 12., Frau Hedwig Lieb, geb. Bergius, in Teterow (Schwansenau, Bez. Bromberg) am 17. 12., 57 J.; Rentner Karl Hirzel in Dobrin am 17. 12., 89 J., seine Frau und sieben Tage vor ihm; Beamter Franz Michalek in Stolzen, früher Bromberg, am 28. 12.; Frau Paula Götter, geb. Schauer, Witwe des Kellern- und Weinmachsführers der Bromberger Schleppschiffahrt und Krankenkasse XII, Ernst Gauer, bei ihrem Schwiegervater, dem Polizeipraktiker Conrad Bitterfeld, Lindenstr. 7 (Vorsteher der dortigen Ortsgruppe), am 9. 11. 65; sein Sohn, Karl Gauer, ist erwartet. Schlossherr in Bromberg, die Entstehung ist ihrem Wunsche gemäß im Erdgeschoss auf dem neuen Rathaus in Bromberg befehlst worden; Hub. iur. et ver. pol. Klaus Hoffmann, der jüngste Sohn der Frau Lucie Metzgang, verw. Hoffmann, geb. Bielen, in Karsow bei Soboth (Polen), infolge Unfalls in Odermargenau, am 11. 12., 19 J.; Professor Max Joseph in Berlin, einer der ersten deutschen Hautärzte, am 16. 12.; Frau der Apothekerbesitzer Clara Krause, geb. Schulze, in Frankfurt a. O., am 15. 12., 87 J.; Witwe Rosalie Hein, geb. Bleich, in Lippstadt.

i. Dom, bei ihrem Schwiegersohn Karl Zupp, früher Weißböhme, Krs. Wirsitz, am 9. 12., 57 J.; Buchhalter Adolf Schiff, in Erfurt, Ritterbaurichter 12, früher Bromberg, Elsabéhrl. 45, am 26. 11., 42 J.; Lehrmeisterin M. Sittler, Röbel, Schreinergasse 1 Str. 82, früher Schmetz, am 14. 12., 57 J.; Schuhmachermeister Richard Käschig in Penten b. Lügnow, früher in Kamitsch, am 7. 12., 72 J.

## Aus der uns verbliebenen Ostmark.

### Aus Ostpreußen.

**Elbing.** Die Trockenlegung des Frischen Hafes ist noch nicht endgültig zu den Akten gelegt. Am Anschluß an einen Vortrag des Herrn Dr. Stüwe, Königsberg, über die Kosten der Trockenlegung hat sich der Magistrat der Stadt Elbing in seiner letzten Sitzung nochmals eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Der Magistrat vertritt den Standpunkt, daß dieses in Interesse des Arbeitsbeschaffung und Siedlung außerordentlich wichtige Vorhaben beschleunigt durchgearbeitet und zur Ausführung gebracht werden muß. Von lästigsten Eisbaumaßen ist eine Durchdrift ausgearbeitet worden, die demnächst den interessierten ländlichen Stellen zugestellt werden wird.

**Heilsberg.** Ein besonderes Wälderspektakel widerfuhr dem Reichswehr-Unteroffizier P. am 12. November hatte P. seine 12jährige Dienstzeit beendet. Nach der üblichen Feier fuhr P. schließlich spät am 14. in seiner Braut nach Scharnigk (Kreis Heilsberg) und von hier noch um Morgen des 15. wieder wegen eines schliefenden Jagdzuges nach Osterode zurück. Das Überwindung verlor er sein Ziel, wurde in Elbendorf aus dem Jagdswagen geworfen und verlor dabei das Leben. Der Rittmeister versuchte ihn dann über die Werbellintheide bei der Reichswehr anzuwerben. Da die Verreibung auf diplomatischem Wege sicher noch Monate gedauert hätte und P. auch noch vor seiner Dienstzeit als Jugendlicher in einer jetzt polnischen Stadt an antisowjetischen Kundgebungen beteiligt botte und deswegen dort auf der sowjetische Seite stand, mußte er auf alle Fälle sterben. Unter Opferung seines nicht unerheblichen Vorschrifts brach er aus dem Gefängnis aus, gelangte nach einem Tostmarthofe schließlich auf einer kleinen Station in einen deutschen Wagen eines Marienburger Juizes. Nach elfstündigem Marsch traf er bei seiner Braut ein. Zeit erst konnte die auf so eigenartige Weise verhinderte Hochzeit gefeiert werden.

**Königsberg i. Pr.** In Sczarenow wurde im Befreiung des früheren Oberpräsidenten Dr. h. c. Ernst Siebert eine neuerrichtete fünfklassige Volksschule auf den Namen des früheren Oberpräsidenten benannt. Siebert erklärte in einer Ansprache, daß die Förderung der abgetrennten Provinz Ostpreußen nicht nur eine wirtschaftliche Sorge sei, sondern eine kulturelle Aufgabe darstelle. Im Kampf um die Deutschhaltung des Landes sei die Volksschule die beste Waffe.

### Aus der Grenzmark Polen-Westpreußen und der mittleren Ostmark.

**Dr. Krouse.** Da in heutiger Zeit massive Schutzwälle kaum zu jüngeren sind, die die direkte Schutzwälle durch Errichtung von so genannten Schul- und Pavillon (Schulbauten) ersetzen werden. Da für diese Zwecke der Grenzmark neuerdings Offiziersmittel zur Verfügung gestellt wurden, entstehen den betreffenden Schulgemeinden durch die Holzbauten aus der Hand- und Spandienäthen und der laufenden Unterholzung keine Kosten. Daraus wurde in Lehs Ortschaften des Kreises Dr. Krouse bereits die Errichtung solcher Schul-Pavillons beschlossen, und zwar erhalten: Arnsteins einen Dienstwohnungs-Pavillon, für den zweiten kath. Lehrer, Möbelgut einen Dienstwohnungs- und Klassen-Pavillon, Wittstock einen dreiklassigen Schulbau aus Holz, Lohja einen einklassigen Pavillon. Rederitz einen zweiklassigen und Elsabéhrl. einen solchen für die kath. Schule und eine Lehrermühnung.

**Stolpe.** In dem Dorf Stolpe (Kreis Königsberg Km.) ist in diesem Jahre zum ersten Male seit dem Kriege wieder das „Hinterblösse“ eingeschürt worden. Dabei ziehen ein Trompeter und die beiden Gemeindesöhne, obendraus Weinhofschieber bläsend das Dorf, am Heiligen Abend Jammseln sie dann von Haus zu Haus ihre Gaben. **Reu-Bentzien.** In der Nähe des Grenzbaus Reu-Bentzien wurde ein polnisches Deporten aufgesetzten. Bei Feststellung der Personalien ergab sich, daß es sich um einen Ukrainer handelt, der vor kurzen zum polnischen Heerstreit, und zwar nach einer Polen-Gastronomie, eingezogen worden war. Als Grund zur Abschiebung gab er an, daß er als Ukrainer nicht im polnischen Heere dienen wolle.

**Soldin.** „Deutscher, vergiß Versailles nicht!“ Diese beherzigenswerte Enthüllung ist im großen Lettern angebracht über die Ehrenhalle am diecer Tage eingeweihten 70 Alt. hohen, nach einem Entwurf des Prof. Kuster-Berlin von der Kreisstadt Soldin in Form eines Seuerturms an Springsiegen aufzuführenen Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges.

**Brzezin.** In Ałtretch, wo seine Familie seit dem 30jährigen Kriege ansässig war, fand der Bauernherrliche Sohn, eine der markantesten Erscheinungen unter den Oderbruchbauern. Mit ihm erlischt das alteingesessene Geschlecht im Mannesstamme.

